

Handeln statt Jammern

Agenda 2020 oder: Wie die Armut in Deutschland bis zum Jahre 2020 halbiert werden könnte. Vorschläge eines Sozialethikers

Von Franz Segbers

Die »Agenda 2010« hat ihr Ziel gewaltig verfehlt. Dabei war sie einst mit weitreichendem Ziel aufgesetzt worden. Das Konzept des Bundeskanzlers Gerhard Schröder verdankt seinen Namen dem Lissabonvertrag der *Europäischen Union* aus dem Jahr 2000. Mit diesem Vertrag wollte Europa »bis 2010 die Beseitigung von Armut entschieden voranbringen«. In Deutschland bewirkte die Agenda 2010 genau das Gegenteil: Sie wurde zusammen mit Hartz IV zum Symbol für die politisch verantwortete Verarmung beträchtlicher Teile der Bevölkerung.

Nun starten das *Europäische Parlament* und der *Europäische Rat* einen neuen Versuch: Sie haben das Jahr 2010 zum »Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung« ausgerufen. Wenn dies nicht zur bloßen Propagandaveranstaltung werden soll, muss das Jahr 2010 zum Auftakt einer Dekade der Armutsbekämpfung werden. Deutschland braucht eine Agenda 2020 mit dem bescheidenen, aber klaren Ziel, die Armut bis 2020 wenigstens zu halbieren.

Die Lage ist dramatisch: Statistisch gilt als arm, wer über weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens verfügt. Etwa 8 Millionen Menschen gelten danach in Deutschland als arm, weitere Millionen als »von Armut bedroht«. Kinder zu haben ist das größte Armutsrisiko. Je mehr Kinder ein Haushalt hat, desto größer ist die Gefahr, von Armut bedroht zu werden. Vierzig Prozent aller Alleinerziehenden sind auf Hartz IV angewiesen. Armut ist erblich. Wer arm ist, bleibt arm. Den armen Arbeitslosen tritt eine wachsende Gruppe arbeitender Armer zur Seite. Hartz IV hat Löhne, von denen man nicht leben kann, für »zumutbar« erklärt. Die Agenda 2010 war auch das Projekt, Deutschland zum größten Niedriglohnland der Europäischen Union zu machen. Armut trifft Menschen mit Migrationshintergrund in besonderem Maße. Jeder Vierte von ihnen ist arm.

Dabei meint Armut nicht nur die finanzielle Lage. Wer arm ist, kann mit seinen Einnahmen den je nach Haushaltsgröße unterschiedlichen Grundbedarf für Lebensunterhalt und Wohnung nicht finanzieren. Gleichzeitig sind Arme in vielen Bereichen der Gesellschaft – in der Bildung, bei der Arbeit, in Fragen der Gesundheit und bei der politischen Einflussnahme – benachteiligt. Armut hat viele Gesichter.

Soziale Benachteiligung inmitten von Reichtum ist jedoch kein Tsunami, dem man hilflos ausgeliefert ist. Sie ist die Folge politischer Entscheidungen. Deshalb braucht es jetzt eine klare Strategie und ein messbares Ziel. An politischen Schritten, mit denen Armut bis zum Jahre 2020 im Rahmen einer Agenda halbiert werden könnte, fehlt es nicht:

- 1.** Der Staat muss allen Menschen eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Grundsicherung garantieren, die das Existenzminimum abdeckt. Dazu verpflichtet ihn das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes, das in Artikel 1 und Artikel 20 festgeschrieben wurde.
- 2.** Erst bei einem Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde liegt die Bezahlung über der Pfändungsfreigrenze von 989 Euro pro Monat.

3. Der Niedriglohnsektor und die 400-Euro-Stellen müssen abgeschafft werden. Dadurch würden die Löhne steigen – und die Sozialversicherungskassen über mehr Einnahmen verfügen.

4. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen sich auf eine armutsfeste Rente ab einem Alter von 65 Jahren verlassen können. Nach langer Erwerbstätigkeit darf niemand im Alter in Armut geraten. Nur ein »guter Lohn« führt auch zu einer »guten Rente«. Die Ausweitung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Pflichtversicherung für alle Erwerbstätigen wäre ein konsequenter Schritt zum Schutz vor Altersarmut.

5. Vielen Erwerbsfähigen, die auf Unterstützung bei der Suche nach Arbeit angewiesen sind, hilft nur ein öffentlich geförderter sozialer Arbeitsmarkt mit dauerhaften und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen auf der Basis von Arbeitsverträgen. Sanktionen sind in einem Dritten Arbeitsmarkt unangemessen.

6. Um Kinderarmut dauerhaft zu vermeiden, ist eine Kindergrundsicherung in Höhe von 500 Euro erforderlich. Sie entspricht dem kindlichen Existenzminimum, wie es vom Bundesverfassungsgericht vorgegeben ist. Es setzt sich zusammen aus dem sogenannten »sächlichen« kindlichen Existenzminimum und dem steuerlichen Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsfreibetrag. Die Kindergrundsicherung würde Kindergeld, Hartz IV für Kinder, Steuerfreibeträge und Kinderzuschlag voll ersetzen. Mit einem Schlag wäre Kinderarmut beseitigt. Die zusätzliche Nettobelastung der öffentlichen Haushalte, besser: die zusätzliche Nettoentlastung der Familien würde geschätzte 30 Milliarden Euro betragen. Gleichzeitig würde die öffentliche Hand durch die Einsparung gegenwärtiger Leistungen und durch den Abbau von Bürokratie rund 45 Milliarden Euro einsparen.

7. Geldleistungen an einzelne Personen und Infrastrukturleistungen des Staates dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Familien benötigen beides, und für beides ist gleichermaßen Geld nötig. Damit Kinder aus prekären Verhältnissen aus der Spirale der Armut ausbrechen können, braucht es mehr Personal in Kindergärten und Schulen, mehr Fördermöglichkeiten für Kinder, eine Sprachförderung für Zuwanderer sowie kostenfreie Bildungsangebote von der Krippe über die Ganztagschule bis zur Universität.

Eine derartige Agenda 2020 würde die Geister scheiden, würde klären, wer Armut nur bejammert oder Armut bekämpfen will. Die Bekämpfung von Armut kostet Geld, das vorhanden ist. Deutschland ist ein reiches Land, in dem es keine Armut zu geben bräuchte, wenn der politische Wille da wäre. Die Armut bekämpfen und gleichzeitig die Steuern senken – das verträgt sich allerdings nicht.